

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 22.10.2024

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:01 Uhr

Ende: 18:19 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Herrn Maximilian Pohler

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

bis 17:58 Uhr

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 18:07 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 18:07 Uhr

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 18:07 Uhr

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

bis 17:34 Uhr

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Dirk Franke - FBL 65
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegell - FBL 66
Frau Dr. Amrit Bruns - StL 66.24
Herr Mehmet Esen - StL 0660.20
Frau Anja Falkenberg - StL 67.41
Frau Katja Langer - RefL 0650
Herr Jörg Meyer - FB 66
Frau Carolin Niemann - AbtL 66.2
Herr Marc Oppermann - FB 66
Frau Inga Vofrei - StL 60.11
Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Maximilian Pohler - CDU entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD entschuldigt
Herr Oskar Schwarz - CDU entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2024 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Signalisierung Celler Straße/Petritorwall 24-24378
 - 3.2 Mündliche Mitteilungen
- 4 Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 24-24034

5	Abfallentsorgungssatzung, 9. Änderung	24-24370
6	Oberbauform für die Gleissanierung in der Ottenroder Straße	24-24015
7	Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode" Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig	24-24371
8	Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße)	24-24372
8.1	Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße) Änderungsantrag zur Vorlage 24-24372	24-24372-01
9	Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr und für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft des Referats 0660	24-24400
10	Anfragen	
10.1	Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke	24-24472
10.1.1	Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke	24-24472-01
10.2	Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten	24-24423
10.2.1	Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten	24-24423-01
10.3	Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße	24-24467
10.3.1	Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße	24-24467-01
10.4	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie begrüßt Ratsherr Behrens, der anstelle von Ratsherr Tegethoff als Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben benannt wurde und informiert, dass Ratsherr Pohler durch Ratsherr Bratschke vertreten wird und Bürgermitglied Schwarz entschuldigt fehlt.

Als Gast der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Falkenberg (Fachbereich 67 Stadtgrün, Leiterin der Stelle Baumschutz und Landschaftspflege), die zu Vorlage 24-24372 unter TOP 8 an der Sitzung teilnimmt.

Darüber hinaus weist die Ausschussvorsitzende auf den Änderungsantrag 24-24372-01 hin, der unter TOP 8.1 in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Signalisierung Celler Straße/Petritorwall

24-24378

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 24-24378.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24378 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Mündliche Mitteilungen

3.2.1

Stadtbaurat Leuer informiert über die außerhalb von Sitzungen ergangene Mitteilung „Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel“ (24-24443).

Zur Nachfrage von Ratsherr Disterheft, ob die Wartefläche im Bereich des Wetterschutzes vergrößert werden kann, sagt Stadtbaurat Leuer nach Prüfung eine Beantwortung in Form einer Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: *Der grüne Wetterschutz mit Rundbogendach wird im Zuge der Bauarbeiten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) für die Ladeinfrastruktur demontiert. In diesem Bereich befindet sich keine Einstiegshaltestelle, sodass ein Wetterschutz nicht erforderlich ist. Des Weiteren wird der Bereich als Zuwegung zur Ladeinfrastruktur benötigt. Der neu im Bereich der Einstiegshaltestelle installierte Wetterschutz mit Pultdach wird nicht versetzt.*

3.2.2

Stadtbaurat Leuer informiert unter Bezugnahme auf eine Anfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass die Daten für das diesjährige Stadtradeln wieder veröffentlicht werden.

3.2.3

Herr Wiegel nimmt Bezug auf einen Hinweis von Ratsherr Sommerfeld in der Sitzung dieses Ausschusses am 3. September 2024 zum schlechten Zustand der Fahrrad-Piktogramme in der Sophienstraße und einer schriftlichen Mitteilung der Verwaltung, dass für eine Erneuerung der Piktogramme im Stadtbezirk Westliches Ringgebiet keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen würden. Der Dienstleister für die städtische Infrastruktur wurde zwischenzeitlich mit der erforderlichen Anpassung der Markierung in der Sophienstraße entsprechend der

Qualitätsstandards für Fahrradstraßen und –zonen in Braunschweig beauftragt. Die angeführte Mitteilung zu den Haushaltsmitteln konnte von der Verwaltung nicht ermittelt werden.

4. Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 24-24034

Ratsherr Kühn fragt an, ob die Straßenreinigung durch die ALBA GmbH zu bestimmten Tageszeiten durchgeführt werden kann, um eine Verparkung der Straßen/des Fahrbahnrandes während des Reinigungszeitpunkts zu vermeiden.

Da Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die logistische Regelung der betrieblichen Reinigungsabläufe der ALBA GmbH über die Regelungsmöglichkeiten der Straßenreinigungsverordnung hinausgingen, kündigt Ratsherr Kühn an, sich diesbezüglich direkt an die ALBA GmbH zu wenden.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-24034 abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Abfallentsorgungssatzung, 9. Änderung 24-24370

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-24370 abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neunte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Oberbauform für die Gleissanierung in der Ottenroder Straße 24-24015

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-24015 ein.

Ratsherr Dr. Plinke spricht sich für die Sanierung der Gleisanlagen mit der Gleisoberbauform Rasengleis aus. Da unklar ist, ob die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) die Gleisoberbauform Rasengleis fördert, bringt Ratsherr Dr. Plinke folgenden mündlichen Änderungsantrag ein, auch um eine finanzielle Belastung der Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) zu vermeiden: „Für die Sanierung der Gleisanlagen im Zuge der Ottenroder Straße wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen., ~~sofern die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) das Rasengleis fördert, ansonsten erfolgt die Ausführung aus finanziellen Gründen als Betoneindeckung (Betonplatte).~~ **Sollte die LNVG das Rasengleis nicht fördern, so trägt die höheren Kosten der städtische Haushalt.“**

Stadtbaurat Leuer hält es für möglich, dass sich die von Ratsherr Dr. Plinke vorgeschlagene Änderung des Beschlusstextes nachteilig auf die Entscheidung der LNVG über den Förderantrag der BSVG auswirkt, da mit der Stadt Braunschweig ein Dritter die Kosten übernehmen kann.

Aus Sicht von Ratsfrau Hahn ist die Gleisoberbauform Rasengleis grundsätzlich wün-

schenswert. Die von Stadtbaurat Leuer vorgetragene Argumentation ist für sie jedoch nachvollziehbar.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion die Vorlage 24-24015 für zustimmungsfähig. Vor dem Hintergrund des Vorschlags von Ratsherr Dr. Plinke bittet er jedoch für den weiteren Gremienlauf um einen konkret ausformulierten Änderungsantrag und beantragt, die Vorlage 24-24015 passieren zu lassen, um sich in Fraktion abzustimmen zu können.

Ratsherr Dr. Plinke stimmt dem von Ratsherr Köster vorgeschlagenen Vorgehen zu.

Stadtbaurat Leuer erklärt auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko, dass der Grundsatzbeschluss des Rates, wonach der Rat „Bei Neubauten oder grundlegenden Sanierungen von Stadtbahnstrecken mit eigenem Gleiskörper in jedem Einzelfall darüber entscheidet, ob die Strecke als Rasengleis, eingepflastert oder als Schottergleis ausgeführt wird.“ nach seiner Kenntnis nicht aufgehoben wurde.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag, die Vorlage 24-24015 passieren zu lassen, abstimmen.

Beschluss:

~~„Für die Sanierung der Gleisanlagen im Zuge der Ottenroder Straße wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen, sofern die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) das Rasengleis fördert, ansonsten erfolgt die Ausführung aus finanziellen Gründen als Betoneindeckung (Betonplatte).“~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode" 24-24371 Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage 24-24371 und informiert über die bei der Beratung der Vorlage im Stadtbezirksrat 112 Wabe-Schunter-Beberbach vorgetragene Frage, ob bei der Planung für die Wendeschleife Gliesmarode der in diesem Bereich ehemals befindliche Friedhof Gliesmarode berücksichtigt wurde.

Hierzu führt Stadtbaurat Leuer aus, dass die alte Friedhofsanlage bereits heute überbaut sei und auch von der künftigen Wendeanlage überbaut werde. Die für die Umsetzung der Arbeiten an der Wendeschleife zu erwartende Arbeitstiefe von rund einem Meter entlang der Stadtbahntrasse lasse zudem vermuten, dass Funde angesichts der üblichen Bestattungstiefen eher unwahrscheinlich seien. Sollte es dennoch zu Funden kommen, würde hierauf entsprechend reagiert. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege wurde eingebunden und trug keine denkmalrechtlichen Bedenken gegen die geplante Wendeschleife vor.

Ratsfrau Arning weist u.a. auf erhebliche Kostensteigerungen, einer Verschlechterung der Taktzeiten und dem Verlust von 24 Bäumen im Zusammenhang mit dem Bau der Wendeanlage hin. Sie erklärt für die BIBS-Fraktion die Ablehnung des Neubaus der Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode.

Stadtbaurat Leuer erwidert, dass künftig bis zur Wendeschleife ein 7,5 Minuten-Takt erreicht wird. Der in Volkmarode - wie bei anderen Außenbereiche - weiterhin geltende 15 Minuten-Takt bezeichnet er als eine nutzergerechte Anbindung. Für die Wendeschleife sei zudem eine aus seiner Sicht gute freiraumplanerische Lösung gefunden worden. Gegenüber dem früheren Beschluss dieses Ausschusses über die Planung des Stadtbahnausbaus nach Volkmarode-Nord habe sich keine neue Sachlage ergeben.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-24371 abstimmen.

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

- | | | |
|-------------|--|--------------------|
| 8. | Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße) | 24-24372 |
| 8.1. | Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße) | 24-24372-01 |
| | Änderungsantrag zur Vorlage 24-24372 | |

Frau Niemann erläutert die Vorlage 24-24372.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning, inwieweit geprüft worden sei, ob die Baumaßnahme auch unter Erhalt der bestehenden Bäume ausgeführt werden kann, erläutert Stadtrat Herlitschke, dass die Standortbedingungen und andere Rahmenbedingungen für die Bäume in der Adolfstraße nicht ideal seien, was sich auch erkennbar auf das Wachstum der Bäume ausgewirkt habe. Die Standortbedingungen zu verbessern, sei aufgrund der vorhandenen Versorgungsleitungen nicht sinnvoll möglich.

Frau Falkenberg informiert ergänzend über die erfolgte Untersuchung der einzelnen Bäume. Die Ahorne seien für das Stadtklima und Trockenheit nicht geeignet; ein Erhalt der Bäume unter den bestehenden Standortbedingungen nur für fünf bis zehn Jahre möglich. Aus diesem Grunde wurde von der Verwaltung die Entscheidung getroffen, mit der Sanierung der Adolfstraße auch die Standortbedingungen für Bäume zu verbessern.

Stadtbaurat Leuer versichert auf Nachfrage von Ratsherr Disterheft, dass die Berufsfeuerwehr bei Straßenplanungen grundsätzlich beteiligt wird.

Ratsfrau Kluth bringt den Änderungsantrag 24-24372-01 ein und begründet diesen.

Stadtrat Herlitschke erinnert an die Schwierigkeiten, die Standortbedingungen für die Bäume zu verbessern. Darüber hinaus zeigten auch bereits die „jungen“ Bäume an den Standortbedingungen erste Probleme (geringes Längenwachstum). Er spricht sich deshalb dafür aus, diese Bäume zu entnehmen und im nahen Umfeld mit besseren Standortbedingungen (z.B. Viewegs Garten) wiedereinzusetzen

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, keine Zweifel an den von der Umweltverwaltung dargelegten Schädigungen der Bäume zu haben und die Notwendigkeit der Maßnahme anerkennen zu können. Für die CDU-Fraktion sei die Abwägung zwischen dem Erhalt möglichst vieler Bäumen und dem Erhalt möglichst vieler Parkplätze erfolgt. Keine bedeutende Rolle hätten in der Abwägung jedoch die Belange des Radverkehrs eingenommen, weshalb er für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Änderungsantrags 24-24372-01 und der Vorlage 24-24372 ankündigt.

Stadtbaurat Leuer hebt die Bedeutung der Abwägung zwischen Bäumen und Parkplätzen hervor und empfindet diese als gut. Auch der Radverkehr wurde bei der Planung berücksichtigt und ebenso abgewogen wie der Fußverkehr.

Ratsfrau Kluth regt zu Ziffer 1 die Änderung des Änderungsantrags 24-24372-01 insofern an, als dass die jungen Bäume, die nicht stark geschädigt sind, nach Möglichkeit umzupflanzen und standortnah wiederzuverwenden sind.

Ratsherr Wirtz empfindet die Berücksichtigung von vier Baumtoren auf einer Länge von 200 m im Vergleich zum längeren Abschnitt der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße

und Leonhardstraße) als überzogen und fragt nach möglichen Geschwindigkeitsproblemen, die dies rechtfertigten.

Stadtbaurat Leuer begründet dies mit der Einschätzung der Verwaltung, dass zusätzliche Baumtore zu einer Geschwindigkeitsreduzierung beitragen können.

Ratsfrau Hahn kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zu dem unter Ziffer 1 mündlich geänderten Änderungsantrag 24-24372-01 und die Ablehnung der Ziffer 2 aufgrund der als wichtig empfunden temporeduzierenden Wirkung der Baumtore an.

Ratsherr Dr. Plinke erinnert an den von Anwohnenden bei der Informationsveranstaltung am 5. September 2024 vorgetragenen Wunsch, die vorhandenen Bäume aufgrund der von den Schädigungen ausgehenden Gefahren bei Sturmereignissen grundlegend durch neue zu ersetzen. Zum Aspekt des Klimaschutzes verweist er auf die Entsiegelung von zusätzlichen Flächen für Baumscheiben und das CO₂-Potenzial der zur Pflanzung vorgesehenen Klimabaumarten. Darüber hinaus erklärt er zur Thematik Dooring-Zone seine Erwartung an eine Fahrradstraße in Braunschweig, die ohne beiderseits parkende Kraftfahrzeuge den Fahrradstraßenstandard erfüllt.

Ratsherr Behrens erklärt, der Ziffer 1 des Änderungsantrags 24-24372-01 zuzustimmen. Er unterstützt die Auffassung von Ratsherr Dr. Plinke von zu wenigen echten Fahrradstraßen in Braunschweig. Ziffer 2 des Änderungsantrags ist aus seiner Sicht jedoch geeignet, den Charakter der Fahrradstraße, der betont werden sollte, aufzuweichen. Um den Charakter der Fahrradstraße optisch zu betonen bringt Ratsherr Behrens den mündlichen Antrag ein, die Asphaltschicht nach niederländischem Vorbild mit rotem Asphalt herzustellen.

Ratsherr Kühn begrüßt die von der Verwaltung in der Vorlage 24-24372 dargestellte Planung. Die Ausweisung von Dooring-Zonen ist nach seiner Auffassung dort sinnvoll, wo Fahrzeuge parken. Wo keine Parkplätze vorhanden sind, seien Dooring-Zonen, wie in Ziffer 2 des Änderungsantrags 24-24372-01 vorgesehen, hingegen verzichtbar.

Ratsherr Köster kündigt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zu Ziffer 1 und die Ablehnung zu Ziffer 2 des Änderungsantrags 24-24372-01 an.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den mündlichen Antrag von Ratsherr Behrens, hiernach über den mündlich geänderten Änderungsantrag 24-24372-01 getrennt und anschließend über die Vorlage 24-24372 ergänzt um den geändert beschlossenen Punkt 1 der Ergänzungsvorlage 24-24372-01 abstimmen.

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung für eine Sitzungspause von 16:33 Uhr bis 16:43 Uhr.

Mündlicher Antrag von Ratsherr Behrens:

Zur Verdeutlichung der Fahrradstraße soll die neue Asphaltschicht in rotem Asphalt ausgeführt werden.

Beschluss über den geänderten Änderungsantrag 24-24372-01:

Die Adolfstraße ist ein angenehmer Stadtraum, denn die darin befindlichen Bäume tragen wesentlich zur Aufenthaltsqualität bei (Klima und Gestaltung). Grundsätzlich sind die Neupflanzungen von Bäumen dort zu begrüßen, wo dies auf Grund des Gesundheitszustandes und der Verkehrssicherungspflicht notwendig ist. Da nicht alle Bäume abgängig sind, insbesondere 4 sehr junge Exemplare (darunter auch ein Spendenbaum), wird die Beschlussvorlage um folgendes ergänzt:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die **jungen** Bäume, die nicht stark geschädigt sind, **nach Möglichkeit umzupflanzen und standortnah wiederzuverwenden**. ~~in die bestehende Planung zu integrieren, ggf. wenn möglich umzupflanzen und die Standorte hinsichtlich der Baumscheibengröße zu optimieren.~~

2. Ferner werden die Baumscheiben und Baumtore so ausgebildet, dass die fahrbahnseitigen Ränder in einer Linie mit den Parkplätzen verlaufen und die gepflasterte Dooringzone vor den Baumscheiben durchgehend verläuft. Dies soll dem Wurzelschutz (mehr Abstand Bäume - Fahrbahnaufbau) und der Verkehrssicherheit von Radfahrenden dienen. Bei punktuellen Engstellen in Fahrbahnen besteht die Gefahr, dass Radfahrende mit zu geringem Abstand (< 1,50 m) überholt werden (Drängelverkehr).

Beschluss zur Vorlage 24-24273, ergänzt um den geändert beschlossenen Punkt 1 des Änderungsantrag 24-24273-01:

„Der Planung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße) wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.

Die Adolfstraße ist ein angenehmer Stadtraum, denn die darin befindlichen Bäume tragen wesentlich zur Aufenthaltsqualität bei (Klima und Gestaltung). Grundsätzlich sind die Neupflanzungen von Bäumen dort zu begrüßen, wo dies auf Grund des Gesundheitszustandes und der Verkehrssicherungspflicht notwendig ist. Da nicht alle Bäume abgängig sind, insbesondere 4 sehr junge Exemplare (darunter auch ein Spendenbaum), wird die Beschlussvorlage um folgendes ergänzt:

Die Verwaltung wird gebeten, die jungen Bäume, die nicht stark geschädigt sind, nach Möglichkeit umzupflanzen und standortnah wiederzuverwenden."

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Antrag von Ratsherr Behrens:

dafür: 4 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zum geänderten Punkt 1 des Änderungsantrags 24-24372-01:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 des Änderungsantrags 24-24372-01:

dafür: 3 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zur Vorlage 24-24273 ergänzt um den geändert beschlossenen Punkt 1 des Änderungsantrags 24-24273-01:

dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0:

**9. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 für 24-24400
den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr und
für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirt-
schaft des Referats 0660**

Die Ausschussvorsitzende ruft die Anfragen, Anträge und Ansatzveränderungen in denen einzelnen Anlagen der Vorlage 24-24400 zur Beratung und Abstimmung auf.

Anlage 1: Anfragen und Anregungen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

A 004 („Ergebnisverbesserungen“ im Planungsverfahren):

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, die Anfrage A004 mit der schriftlichen Stellungnahme der Finanzverwaltung und der auf Nachfrage mündlich ergänzten Informationen von Stadtbaurat Leuer als nicht beantwortet anzusehen. Ratsherr Behrens schließt sich der Auffassung von Ratsherr Köster an.

Ratsherr Köster bittet die Verwaltung, die konkreten Auswirkungen auf den Doppelhaushalt 2025/2026 rechtzeitig zur Vorbereitung auf die Haushaltsberatung im Rat am 17. Dezember 2024 in schriftlicher Form zugeleitet zu bekommen.

Anlage 2: Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

FWE 098 (Erhöhung der Parkgebühren um 45 %):

Ratsfrau Jalyschko bringt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN den Haushaltsantrag FWE 098 ein und begründet diesen.

Ratsherr Köster verweist auf Leerstände auch außerhalb der Innenstadtlage und die in der Medienberichterstattung über die Schließung diverser Fachgeschäfte als Begründung angeführte Parkplatznot. Eine Erhöhung der Parkgebühren um 45 Prozent blendet aus seiner Sicht die Realität aus und sei verantwortungslos. Es sei vielmehr alles zu unternehmen, um die Innenstadt zu stärken.

Nach Auffassung von Ratsherr Wirtz werden die errechneten möglichen Einnahmen bei einem derartigen Preissprung von 45 Prozent hingegen nicht linear mitwachsen und sich eher nachteilige Auswirkungen auf Innenstadtentwicklung und Handel haben.

Ratsherr Behrens stellt dar, dass es im Vergleich zum Auto aktuell doppelt so teuer sei, mit dem Bus zum Einkaufen in die Stadt zu fahren. Um das Ziel einer autoärmeren Innenstadt zu erreichen, gelte es, das Parken in der Innenstadt besser zu gestalten. Dies allein über die Höhe der Parkgebühren zu regeln, ist aus seiner Sicht jedoch nicht die beste Maßnahme. Ein Verbund von Maßnahmen zur Radverkehrsförderung und Reduzierung der Preise für die ÖPNV-Nutzung, die zur Senkung des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt beitragen, sei wünschenswert.

Ratsherr Dr. Plinke verweist auf einen Artikel über die Schließung eines inhabergeführten Geschäfts, dessen Inhaber eben nicht die Parkplatzsituation als Ursache angeführt habe. Als Argumente seien der Online-Handel und die gesunkene Aufenthaltsqualität in der Innenstadt angeführt worden.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, dass es zwischen der Höhe von Parkgebühren in der Innenstadt und den Geschäftsaufgaben keinen wissenschaftlich erwiesenen Zusammenhang gebe.

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWE 098 passieren zu lassen.

FWE 171 (Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln):

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWE 171 passieren zu lassen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:08 Uhr die Sitzung.

Anlage 3: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029

FWI SBR 310 (Baugebiet Feldstr. AP 23/Erschließung):

Ratsfrau Kluth bittet um Korrektur der Anmerkung der Verwaltung für die weiteren Haushaltsberatungen. Der korrespondierende Antrag wurde von der Gruppe Die FRAKTION. BS gestellt.

FWI 120 (Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung):

Ratsherr Behrens bringt den Haushaltsantrag FWI 120 ein.

Stadtbaurat Leuer trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsantrag FWI 120 vor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:12 Uhr wieder an der Sitzung teil.

FWI 125 (Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen):
Ratsherr Dr. Plinke bringt den Haushaltsantrag FWI 125 ein.

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWI 125 passieren zu lassen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko erläutert Herr Wiegel die in der Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsantrag FWI 125 genannten Baukosten in Höhe von mehr als 250.000 Euro.

FWI 121 (Programm Radwege/Neubau):
Ratsherr Behrens bringt den Haushaltsantrag FWI 121 ein.

FWI 122 (FB 66: Planung weiterer Velorouten):
Ratsfrau Kluth bringt den Haushaltsantrag FWI 122 ein.

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWI 122 passieren zu lassen.

FWI 123 (FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau):
Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWI 123 passieren zu lassen.

FWI 124 (Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs):
Ratsfrau Kluth bringt den Haushaltsantrag FWI 124 ein.

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWI 124 passieren zu lassen.

FWI SBR 321 (FB 66: Globale Umbauten Straße etc.)
Ratsherr Kühn verweist auf die Anmerkung der Verwaltung, dass der Abschluss der Umsetzung aus bestehenden Haushaltsmitteln im Oktober 2024 geplant ist. Der Antrag wird daher ohne Abstimmung für erledigt erklärt.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 17:38 Uhr die Sitzung.

FWI 166 (Zusätzliche Müllbehälter Innenstadt):
Auf Nachfrage von Ratsherr Köster zu der von der Verwaltung in der Stellungnahme zum Haushaltsantrag FWI 166 genannten vergaberechtlichen Begründung erläutert, dass im Falle eines Beschlusses über den Antrag die Verwaltung im Ausschreibungsverfahren grundsätzlich die Möglichkeit eröffnen muss, ein gleichwertiges Produkt anbieten zu können.

Ratsfrau Jalyschko stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Haushaltsantrag FWI 166 passieren zu lassen.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 17:39 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Anlage 5: Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024-2029

Lfd. Nr. 6 (Veloroute Weststadt / Neubau):
Ratsherr Dr. Plinke stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diese Ansatzveränderung passieren zu lassen.

Im Anschluss an die Abstimmung über die einzelnen Anträge und Ansatzveränderungen lässt die Ausschussvorsitzende über die Vorlage 24-24400 abstimmen.

Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anlagen:

Anlage 2

FWE 098: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

FWE 171: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Anlage 3

FWI SBR 310 (Baugebiet Feldstr. AP 23/Erschließung): **Abgelehnt** - 0 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten

FWI 120: **Abgelehnt** - 0 dafür, 10 dagegen, 1 enthalten

FWI 125: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

FWI 121: **Abgelehnt** - 4 dafür, 7 dagegen, 0 enthalten

FWI 122: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

FWI 123: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

FWI SBR 222 (Thiedestr./Sanierung Radwege): **Abgelehnt** - 0 dafür, 10 dagegen, 1 enthalten

FWI SBR 321 (Saarstr./Sanierung Radwege): **Abgelehnt** - 0 dafür, 10 dagegen, 1 enthalten

FWI SBR 120 (Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld/Unterflurverlegung): **Abgelehnt** - 0 dafür, 11 dagegen, 0 enthalten

FWI SBR 111 (Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung): **Abgelehnt** - 0 dafür, 10 dagegen, 1 enthalten

FWI SBR 120 (Sommerstraßen SBR 120/Umsetzung): **Abgelehnt** - 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten

FWI 124: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

FWI SBR 120 (Holbeinstr./Umgestaltung zu verkehrsberuhigtem Bereich): **Abgelehnt** - 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten

FWI SBR 120 (FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.): **Abgelehnt** - 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten

FWI SBR 321 (FB 66: Globale Umbauten Straße etc.): ohne Abstimmung für erledigt erklärt

FWI 166: **zum Antrag auf passieren lassen** - 10 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Anlage 4

Lfd. Nr. 1: **Angenommen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Lfd. Nr. 2: **Angenommen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Lfd. Nr. 3: **Angenommen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Lfd. Nr. 4: **Angenommen** - 10 dafür, 0 dagegen, 1 enthalten

Anlage 5

Lfd. Nr. 1: **Angenommen** - 8 dafür, 0 dagegen, 3 enthalten

Lfd. Nr. 2: **Angenommen** - 8 dafür, 0 dagegen, 3 enthalten

Lfd. Nr. 3: **Angenommen** - 8 dafür, 0 dagegen, 3 enthalten

Lfd. Nr. 4: **Angenommen** - 8 dafür, 0 dagegen, 3 enthalten

Lfd. Nr. 5: **Angenommen** - 8 dafür, 0 dagegen, 3 enthalten

Lfd. Nr. 6: **zum Antrag auf passieren lassen** - 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten

Beschluss über die Vorlage 24-24400:

„1. Der Haushaltsplan 2025/2026 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 2)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 3)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 4)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 5)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2025/2026 für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Abstimmungsergebnis über die Vorlage 24-24400:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 4

10. Anfragen

10.1. Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke 24-24472

10.1.1. Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke 24-24472-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24472-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten 24-24423

10.2.1. Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten 24-24423-01

Ratsherr Möller erklärt, die Anfrage mit der Stellungnahme 24-24423-01 zu den Fragen 1 und 2 als nicht beantwortet anzusehen. Er erwartet, dass dies von der Verwaltung nachgeholt werde.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die erwartete tabellarische Aufstellung der Maßnahmen einen erheblichen Aufwand darstelle. Er bietet an, diese in einem separaten Termin vorzustellen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24423-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 24-24467

10.3.1. Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 24-24467-01

Eine Nachfrage von Ratsfrau Arning zur Anwendung der Rechtsgrundlage § 14 Abs. 1 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) i. V. m. § 14 Abs. 4 EKrG wird von Stadtbaurat Leuer beantwortet.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24467-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Mündliche Anfragen

10.4.1

Ratsherr Köster fragt unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage „Auswirkungen der ausgeweiteten Parkraumbewirtschaftung“ (24-23286) nach der von der Verwaltung für voraussichtlich Mitte 2024 angekündigten Vorstellung der Ergebnisse.

Herr Wiegel informiert über die erfolgte Erfassung der Parkraumauslastung und die noch nicht endgültig abgeschlossene Auswertung. Die Vorstellung der Ergebnisse werde in einer der kommenden Sitzungen dieses Ausschusses erfolgen.

10.4.2

Bürgermitglied Dr. Wendenburg fragt, wann den Gremien das Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) vorgestellt wird und verweist in diesem Kontext auf aktuelle Entwicklungen, die es aus seiner Sicht erforderlichen machen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Exemplarisch nennt er hierfür Maßnahmen zur besseren Getrennsammlung von Abfällen zwecks Kostenminimierung aufgrund der CO₂-Besteuerung der bei der EEW in Helmstedt thermisch

verwerteten Abfälle (1), die ab Januar 2025 bestehende gesetzliche Verpflichtung zur Getrenntsammlung von Textilien (2) und Brandschutzprobleme durch u. a. Lithium-Batterien (3).

Stadtbaurat Leuer sagt eine Stellungnahme in Form einer Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz:

zu 1: *Zur Kostensenkung wird derzeit ein Gutachten zur Ermittlung der nach BEHG zertifizierten CO₂-Emissionen aus der thermischen Verwertung von Restabfall der Stadt Braunschweig fertiggestellt. Ab dem Jahr 2025 soll für den Restabfall der Stadt Braunschweig anstatt eines Standard-Emissionswertes die individuelle Methode Nr. 1 gemäß Anlage 4 Teil 2 Emissionsberichterstattungsverordnung (EBeV) 2030 verwendet werden, um die zertifizierten Brennstoffemissionen auf Basis historischer Analysen rechnerisch gemäß Anlage 2 Teil 2 EBeV 2030 zu ermitteln. Dieser individuelle Emissionswert ist für den Restabfall der Stadt Braunschweig deutlich geringer als der gemäß EBeV 2030 angegebene Standardwert und wird durch die EEW Helmstedt im Überwachungsplan für 2025 eingereicht. Eine Genehmigung zur Verwendung dieses individuellen Wertes durch die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) steht noch aus.*

Des Weiteren wird generell durch Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt Braunschweig und der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) eine verbesserte Getrenntsammlung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle angestrebt. Derzeit läuft beispielsweise eine große Kampagne zur besseren Getrenntsammlung von Bioabfällen; des Weiteren wurden im Sommer 2024 Aktionen im Rahmen der Initiative „Mülltrennung wirkt“ durchgeführt.

Zur Zeitschiene des AWIKO wird auf die Protokollnotiz im nichtöffentlichen Teil dieses Protokolls verwiesen (TOP 15).

zu 2: *Die Pflicht zur Getrenntsammlung von Alttextilien gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist bereits in der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Braunschweig verankert. Die getrennte Entsorgung und Sammlung dieser Abfallfraktion wird anhand von Alttextil-Containern, welche im Bereich der Wertstoffstationen vorhanden sind, gewährleistet. Die Container werden größtenteils für die Stadt Braunschweig durch ALBA bzw. deren Nachunternehmern geleert und der Inhalt verwertet.*

zu 3: *Die Themen rund um den Brandschutz sind der Stadt Braunschweig und ALBA bekannt. Folgende Maßnahmen wurden bereits zur Verbesserung des Brandschutzes umgesetzt:*

- *Anschaffung auf Aufbau von Betonsystembausteinen zur Minimierung des Brandrisikos durch das Schaffen von kleineren Brandabschnitten.*
- *Überwachung brandgefährdeter Abfälle durch regelmäßige thermographische Messungen zur frühzeitigen Erkennung potenzieller Brandquellen (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Betriebszeiten, in enger Zusammenarbeit mit einem beauftragten Wachdienst und geschultem Personal).*
- *Sofortmaßnahmen für Entstehungsbrände durch Bereitstellung von wassergefüllten IBC-Container auf dem Kleinannahmepplatz in Watenbüttel.*
- *Erhöhung der Brandschutzkompetenz durch Aufstockung der Zahl der ausgebildeten Brandschutzhelfer und durch zusätzliche gezielte Übungen sowie ein intensives Training am Feuerlöschesimulator.*
- *Verbesserungsmaßnahmen durch die Beauftragung eines Brandschutzsachverständigen.*
- *Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der richtigen Batterieentsorgung unter Verwendung der Instrumente der Branchenkampagne des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft; insbesondere Aufnahme der Batterieentsorgung als festen Bestandteil in die Abfallberatung sowie das Schulungsprogramm.*

10.4.3

Herr Wiegel kündigt auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth an, den Gremien voraussichtlich im Februar 2025 die Analyse des Radverkehrsnetzes vorstellen zu können.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:19 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -